

AG Beschlussentwurf

Eva von Angern, Rosemarie Hein, Hans-Werner Brüning, Oliver Müller, Dennis Jannack, Karin Meinecke

Entwurf des Beschlusses des Stadtparteitages am 13.11. 2007 zur Oberbürgermeisterwahl

Verantwortung für Magdeburg mit den Menschen

Magdeburg ist die Heimatstadt von über 300 000 Menschen, die hier leben oder auf der Suche nach Arbeit weggezogen sind. Sie alle blicken auf eine wechselhafte, über 1200-jährige Stadtgeschichte. Magdeburg war eine europäische Metropole und ein Zentrum der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Die Stadt wurde zwei Mal schwer zerstört und von ihren Einwohnern wieder aufgebaut. Heute hängt ihre Zukunft vor allem von den Industrie- und Gewerbebetrieben, den Einrichtungen der Wissenschaft und der Kultur ab. Äußerst wichtig ist die Existenz funktionstüchtiger Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge. Das betrifft das Wohl von Jung und Alt, von Frauen und Männern.

Am 9. März 2008 werden die Magdeburgerinnen und Magdeburger den Oberbürgermeister, den Chef der Stadtverwaltung, wählen. Sie haben an diesem Tag nach sieben Jahren die Chance, für einen Wechsel in diesem Amt zu sorgen.

Die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts braucht für ihre Zukunft neue Impulse. Ein Amtswechsel an der Spitze der Stadtverwaltung kann sie geben, wenn der Nachfolger des bisherigen Oberbürgermeisters sich zum Beispiel für die Überwindung unnötiger Konfrontation zwischen der Landeshauptstadt und dem Land Sachsen-Anhalt sowie den Landkreisen unserer Region einsetzt. Das Verbindende muss stärker als bisher in den Mittelpunkt der Verwaltungsarbeit gerückt werden, um neue Entwicklungspotenziale für die Stadt und ihre Einwohner sowie die Magdeburger Unternehmen zu erschließen.

Ein Amtswechsel ist auch notwendig, damit konsequente Anstrengungen zur Unterstützung sozial Benachteiligter unternommen werden - ob in den Kindertagesstätten, oder an den Schulen, bei der Suche nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Der Stadtverband Magdeburg der Partei DIE LINKE. unterstützt mit **Frank Theile** einen Kandidaten, der in der Lage ist, auf den guten Erfahrungen und Leistungen linker Kommunalpolitik in Magdeburg aufbauend eine neue, erfolgreiche Etappe der Entwicklung unserer Stadt zu initiieren.

I.

Magdeburg braucht die Kraft aller

Die Wahl des Oberbürgermeisters ist die Sache aller Einwohnerinnen und Einwohner. Es geht um die demokratische Verwaltung der Stadt, die durch das vertrauensvolle Miteinander von Bevölkerung und Stadtverwaltung geprägt sein soll. Verwaltung ist unserer Ansicht nach zuerst Dienstleistung für die Bevölkerung und die ansässigen Unternehmen und Einrichtungen

Die Vertretung der Einwohnerschaft, der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg, braucht endlich einen Verwaltungschef, der zuverlässig ihre Beschlüsse verwirklicht. Ein offenes und konstruktives Miteinander von Stadtrat und Oberbürgermeister ist Voraussetzung dafür, dass alle vorhandenen Kräfte des Gemeinwesens mobilisiert und zur Wirkung gebracht werden.

Magdeburgs erfolgreiche Entwicklung ist eng mit der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen und Verbänden verbunden, in denen Tausende Einwohnerinnen und Einwohner organisiert sind. Deren gemeinsames ehrenamtliches soziales, kulturelles und sportliches Engagement braucht finanzielle und organisatorische Unterstützung durch die Stadtverwaltung. Der von uns aufgestellte Oberbürgermeisterkandidat vertraut auf das bürgerschaftliche Wirken. Er will als Amtsinhaber die Bedingungen dafür systematisch verbessern und die Verwaltung entsprechend führen.

II.

Für alle Magdeburger: Arbeit, von der man leben kann, gute Bildung und Ausbildung

In Magdeburg leben nahezu 30 000 Menschen in Armut ohne Perspektive auf ein Leben ohne Sorgen um die Zukunft. Bewährte kommunale Instrumente des zweiten Arbeitsmarktes werden unter Führung des bisherigen Amtsinhabers wegen der defizitären Stadtkasse abgebaut. Ersatz sollen Ein-Euro-Jobs, Billigjobs oder verstärkte Leistungen der Agentur für Arbeit sein.

Das einseitige, auf das Einsparen kommunaler Mittel gerichtete Herangehen an die Probleme der Arbeitslosigkeit und des Mangels an Ausbildungsplätzen in Magdeburg muss beendet werden. Der Oberbürgermeister vertritt die Landeshauptstadt Magdeburg in der ARGE Jobcenter GmbH und hat dafür Sorge zu tragen, dass die finanziellen Mittel für die Arbeitsmarktpolitik

- a) plan- und zweckmäßig eingesetzt und
- b) die städtischen Komplementärgelder nicht weiter in Frage gestellt werden.

DIE LINKE. setzt sich im Stadtrat dafür ein, dass alle Jugendlichen im Alter bis 25 Jahren ihre Rechtsansprüche auf einen Ausbildungsplatz, Arbeitsstelle oder eine Beschäftigungsmaßnahme in Anspruch nehmen können. Sie brauchen wegen ungünstiger Bildungsvoraussetzungen dafür oftmals Unterstützung. Die Stadtverwaltung muss in dieser Angelegenheit ihre überwiegend beobachtende Position aufgeben und tätig werden.

Wirtschaftsförderung ist auf kommunaler Ebene eine freiwillige Aufgabe. In Magdeburg ist es notwendig, das Zusammenwirken der dafür gebildeten Strukturen, die Gesellschaft für Wirtschaftsservice mbH und das Dezernat für Wirtschaft, effizienter zu gestalten, um

- a) die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu verbessern und
- b) die dafür notwendigen Mittel im Bereich der Gesellschaft für Wirtschaftsservice mbH zunehmend zu erwirtschaften.

Der Stadthaushalt ist nach Auffassung der LINKEN im Stadtrat schrittweise von den Ausgaben für Wirtschaftsförderung zu entlasten.

Das Magdeburger Stadtoberhaupt muss nach acht Jahren des Bestehens der Planungsregion Magdeburg endlich dafür sorgen, dass die regionale Zusammenarbeit über die raumordnerische Planung hinaus mindestens auch auf die Gebiete der Wirtschaftsförderung, des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Sparkassenwesens ausgedehnt wird.

III.

Magdeburg eine soziale Stadt

Der Oberbürgermeister trägt die Verantwortung für die Erarbeitung kommunaler Strategien gegen Kinderarmut. Gegen ihr weiteres Ausbreiten, insbesondere ihrer Folgen in den Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie an den Schulen, ist unter Einbeziehung freier Träger und anderer Akteure ein Aktionsplan aufzustellen. Schwerpunkte:

- a) Kindertageseinrichtungen (um unter anderem eine Mittagsversorgung für alle Kinder zu sichern),
- b) sozialpädagogische Programme in den Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und deren bessere sozialräumliche Ausrichtung,

- c) die dem inhaltlichen wie zeitlichen Bedarf angepasste Sanierung von Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen voranzutreiben und endlich umzusetzen.

DIE LINKE. und ihr Oberbürgermeisterkandidat stehen für das Fortschreiben der „Integrierten Gesundheits- und Sozialplanung“ zu einem wirklich bürgernahen Instrument aktiver Kommunalpolitik. Die Arbeitsgemeinschaften Gemeinwesenarbeit müssen als unmittelbare Beteiligungsform der Menschen in den Wohngebieten für alle genannten Vorhaben bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer Finanzausstattung einbezogen werden.

IV.

Kulturvoll leben in Magdeburg

DIE LINKE. setzt sich in Magdeburg auch unter den Bedingungen eines defizitären Stadthaushaltes für die Bewahrung und Entwicklung der Einrichtungen der Kultur ein und unterstützt das vielfältige soziokulturelle Leben. Da gilt auch für ihren Oberbürgermeisterkandidaten.

Wir halten die Einrichtung eines Mittelalterzentrums für Sachsen-Anhalt am Kulturhistorischen Museum für sinnvoll und erstrebenswert. Das soll ein geschichtliches Kompetenzzentrum von europäischer Bedeutung werden und unter anderem auf den Leistungen bei der Ottonen-Ausstellung und bei der Vorbereitung des 1200-jährigen Stadtjubiläums aufbauen.

Weitere Aufgaben sehen wir in

- a) der Einrichtung eines Figurentheaterzentrums in Magdeburg mit einer ständigen Puppentheaterausstellung am Puppentheater Magdeburg,
- b) den Kinderkulturtagen, die künftig alle zwei Jahre stattfinden sollen, nachdem die ersten Kinderkulturtage Magdeburgs in diesem Jahr ein großer Erfolg waren,
- c) der Wiedereinrichtung der Sternwarte der astrologischen Gesellschaft, durch Unterstützung der Stadtverwaltung beim Organisieren eines zuverlässigen Sponsorings,
- d) der Schaffung einer geeigneter Möglichkeit für die Präsentation der Werke bildender Künstler Magdeburgs,
- e) der Sicherung des Kulturangebotes der Stadt und des Anteils für die Kultur im Stadthaushalt.

V.

Gute Schulbildung für alle braucht auch neue kommunale Konzepte

Stadtverwaltung und Stadtrat sind für die Schulentwicklungsplanung in Magdeburg zuständig. Für DIE LINKE. und ihren Oberbürgermeisterkandidaten steht neben Forderungen an den Landesgesetzgeber nach Qualifizierung der Schulgesetzgebung vor allem der Erhalt eines ausgewogenen Schulnetzes für alle Stadtteile und Schulformen auf der Tagesordnung. Das schließt die Durchsetzung der Stadtratsbeschlüsse zur Schulsanierung ein.

Wir betrachten darüber hinaus die Lösung folgender schulpolitischer Aufgaben als unabdingbar:

- a) Zusammenarbeit mit dem Land Sachsen-Anhalt zur Erhöhung der Attraktivität der Sekundarschule, u.a. mehr polytechnische Bildung und Zusammenarbeit mit den örtlichen Betrieben und Einrichtungen sowie durch Förderung betrieblicher Praktika. Die Angebote für Produktives Lernen sollen dauerhaft weitergeführt werden.
- b) Übernahme von mehr inhaltlicher Verantwortung für die Qualität schulischer Bildung, Solche Möglichkeiten müssen im Rahmen der Funktionalreform durch das Land geschaffen und entsprechend materiall untersetzt werden.
- c) Interkommunale bzw. regionale Zusammenarbeit im Bereich der Schulentwicklungsplanung und
- d) Unterstützung der Eltern- und Schülervvertretungen in Magdeburg.

VI.

Auseinandersetzung mit jeglichen rechtsradikalen Erscheinungen

DIE LINKE. gehört zu jenen Kräften, die konsequent gegen Rechtsextremismus auftreten. Die Mitglieder des Stadtrates und der Stadtverwaltung sind in den vergangenen Jahren durch Aufmärsche und die Geschichte verfälschende Rituale alter und junger Nazis herausgefordert worden. Wir stellen uns dem rechtsradikalen Ungeist entgegen.

Für den neuen Oberbürgermeister heißt das:

- a) Mobilisieren aller demokratischen Kräfte für die Aufklärung der Bevölkerung, vor allem Kinder und Jugendlicher, über den heutigen Rechtsradikalismus,
- b) Organisieren einer kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung kommunaler Verantwortungsträger;
- c) Unterstützung potentieller Opfergruppen rechter Gewalt,
- d) Solidarität mit Opfern rechter Gewalt,
- e) würdiges Gedenken der Opfer von Faschismus und Krieg.

Die Landeshauptstadt Magdeburg wird ihre Mitarbeit im Bündnis gegen Rechts fortsetzen und solche Bündnisse in den Stadtteilen unterstützen.

Das staatlich geförderte lokale Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus wird umgesetzt und fortgeschrieben.

Diese Wahlaussagen hat der Stadtparteitag am 13. November 2007 zur Unterstützung des Oberbürgermeisterkandidaten Frank Theile beschlossen. Sie stehen in Übereinstimmung mit den Aufgaben und Zielen, die von der Magdeburger Bevölkerung bei der Stadtratswahl 2004 eindrucksvoll unterstützt worden sind.

Bitte prüfen Sie, ob unsere Vorstellungen auch Ihre Unterstützung finden können. Wenn das der Fall ist, dann entscheiden Sie sich für den Kandidaten der LINKEN Frank Theile.